

Der Ausweg aus der Krise: Arbeitszeitverkürzung und nützliche Arbeitsplätze!¹

Es hat etwas Beleidigendes für Millionen von Arbeitslosen und in prekären oder „bad jobs“ Beschäftigten und Frauen, die in Teilzeit abgedrängt werden, wieder einmal - diesmal Manuel Valls² - hören zu müssen, dass sie mehr verdienen könnten, wenn sie mehr arbeiten würden. Immerhin eröffnet der Reigen donnernder Erklärungen über die 35-Stundenwoche dadurch wenigstens (wenn auch aus völliger Konfusion heraus!) die Chance, eine neue Debatte über die Dauer der Arbeitszeit zu beginnen.

Es ist ein guter Moment für eine solche Debatte, weil die Länder, in denen es am besten gelungen ist, während der Krise den Anstieg der Arbeitslosigkeit aufzuhalten, „Arbeitszeitverkürzungen gefördert haben, um Entlassungen zu vermeiden“, wie es die OECD in ihrem jüngsten „Employment Outlook“ mit Verweis auf die Kurzarbeit unterstreicht. Was die OECD natürlich getreu ihrer Ideologie nicht daran hindert, bei einem sich festigenden Aufschwung den „beschleunigten Ausstieg aus diesen Maßnahmen“ zu predigen, weil sie sowohl für Unternehmen als auch die öffentlichen Haushalte teuer seien.

Die Verringerung der öffentlichen Ausgaben und die Wiederherstellung der Unternehmensgewinne haben also Vorrang vor dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund haben die UMP³ und Hervé Novelli⁴, unterstützt von Manuel Valls, ihre neue Offensive gegen die 35-Stundenwoche gestartet: Es geht darum, eine der letzten Barrieren gegen die völlige Individualisierung des Beschäftigungsverhältnisses einzureißen,

¹ Mit kleineren Kürzungen veröffentlicht in Le Monde vom 13. Januar 2011 unter dem Titel „Für die 32-Stundenwoche“, unterzeichnet von: Geneviève Azam (Wirtschaftswissenschaftlerin), Catherine Bloch-London (Soziologin), Mireille Bruyère (Wirtschaftswissenschaftlerin), Benjamin Coriat (Wirtschaftswissenschaftler), Thomas Coutrot (Wirtschaftswissenschaftler), François Desrioux (Journalist), Jean Gadrey (Wirtschaftswissenschaftler), Jérôme Gleizes (Wirtschaftswissenschaftler), Jean-Marie Harribey (Wirtschaftswissenschaftler), Michel Husson (Wirtschaftswissenschaftler), Pierre Khalfa (Gewerkschafter), Dany Lang (Wirtschaftswissenschaftler), Philippe Légé (Wirtschaftswissenschaftler), Frédéric Lordon (Wirtschaftswissenschaftler), Gus Massiah (Wirtschaftswissenschaftler), Dominique Méda (Soziologin), Fabienne Orsi (Wirtschaftswissenschaftlerin), Dominique Plihon (Wirtschaftswissenschaftler), Gilles Raveaud (Wirtschaftswissenschaftler), Evelyne Serverin (Juristin), Maël Theulière (Wirtschaftswissenschaftler), Aurélie Trouvé (Wirtschaftswissenschaftlerin).

Die Initiative zu diesem Aufruf ging von attac-Ökonomen aus, die ErstunterzeichnerInnen entstammen einem breiteren Kreis von Personen, die bislang teilweise noch nicht gemeinsam in Erscheinung getreten sind. Übersetzung von Steffen Lehdorff auf der Basis der Originalfassung des Textes bei <http://hussonet.free.fr/rtt32m.pdf>

² Abgeordneter der Sozialistischen Partei in der Nationalversammlung (http://de.wikipedia.org/wiki/Manuel_Valls)

³ Regierungspartei

⁴ Minister im erweiterten Kabinett (http://en.wikipedia.org/wiki/Hervé_Novelli)

nämlich die Institution der gesetzlichen Arbeitsdauer.

Die wirtschaftliche und ökologische Doppelkrise müsste eigentlich ein neues Nachdenken über politische Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auslösen. In Europa und in Frankreich gibt es keinen Grund, allein auf das Wachstum zu setzen. Nicht nur deshalb, weil es wegen der allgemeinen Sparpolitik dazu verdammt ist, auf Jahre hinaus sehr schwach zu bleiben. Und auch nicht nur deshalb, weil seine „Früchte“ auch weiterhin von einer vermögenden Minderheit beschlagnahmt werden, um damit die Spekulation und die wirtschaftliche Instabilität anzuheizen. Sondern vor allem deshalb, weil - selbst wenn es unter dem Druck sozialer Bewegungen gelänge, diesen Abfluss von Reichtum zu verstopfen - das wirtschaftliche Entwicklungsmodell selber grundsätzlich überdacht werden müsste. Die Verknüpfung von BIP-Wachstumsrate und Beschäftigung wird viel von ihrem Sinn verlieren in einer Wirtschaft, in der Sektoren mit hoher Produktqualität und Beschäftigungsintensität beschleunigt wachsen müssen, während andere Sektoren schrumpfen müssen. Um diese notwendige neue Weichenstellung einzuleiten, sind zwei wirtschaftspolitische Strategien entscheidend: Eine riesige Anstrengung im Bereich öffentlicher und privater Investitionen zur ökologischen Konversion des Produktionssystems, sowie eine weitere allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten. Deshalb müssen sowohl die Investitionsquote als auch die Masseneinkommen - auf dem Wege der Schaffung von Beschäftigung ohne Einkommenskürzungen - erhöht werden. Beides zusammen ist nur unter einer Bedingung möglich: Einer drastischen Reduzierung des Anteils, den der Finanzsektor und die Reichen vom Nationaleinkommen einfordern.

Im Gegensatz dazu vergrößert die Regierung sogar die Steuergeschenke für die Privilegierten - steuerliche Maßnahmen in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr seit 2000, mit dem Ergebnis einer Erhöhung des öffentlichen Schuldendienstes auf 50 Milliarden Euro pro Jahr und einer erneuten Steigerung der Dividenden. Gerade deshalb ist die Verteilungsfrage so entscheidend. Man steht vor der Wahl: entweder Zahlung von Zinsen und Dividenden, oder Schaffung von Beschäftigung durch ökologische Konversion und Arbeitszeitverkürzung.

Die Bilanz der 35-Stundenwoche ist sicherlich zwiespältig: Einerseits die massive Schaffung dauerhafter Beschäftigung - die offizielle Zahl von 350.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Folge der Aubry-Gesetze⁵ ist nie ernsthaft bestritten worden; andererseits die Intensivierung der Arbeit und das Einfrieren der Löhne und Gehälter. Dennoch bleibt auf kurze und mittlere Sicht die Arbeitszeitverkürzung ein unverzichtbares Mittel zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die derzeit ein neues Rekordniveau erreicht. Zwei Grundprinzipien müssen

⁵ Hinweis des Übersetzers: Die Gesetze zur Einführung der 35-Stundenwoche (auf freiwilliger Basis ab 1998 sowie für alle Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten verpflichtend ab 2000) sind nach der damaligen Arbeitsministerin benannt. Zu näheren Informationen über die gesetzliche 35-Stundenwoche und ihre Wirkungen vgl. <http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2010/lehndorff01.pdf>

dabei beachtet werden. Eine Arbeitszeitverkürzung um 10% - von 35 auf 32 Wochenstunden - muss Neueinstellungen im Umfang von 10% nach sich ziehen, damit die Arbeit nicht weiter intensiviert und die Belastungen nicht weiter erhöht werden. Und es müssen die Monatseinkommen aufrecht erhalten bleiben (voller Lohnausgleich). Die Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme (durch die Schaffung zusätzlicher bezahlter Arbeit) führt nicht notwendig zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, wenn die Steigerung der Lohnsumme kompensiert wird durch eine Verringerung der Zins- und Dividendenzahlungen.

Gegen die Arbeitslosigkeit „haben wir alles versucht“, hat François Mitterrand einmal gesagt - außer, die finanziellen Profite anzutasten. Wenn die gegenwärtige Einkommensverteilung so bleibt wie sie ist, wird es weder möglich sein, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen, noch die ökologische Wende in Gang zu bringen. Jeder andere Vorschlag ist illusionär. Die Idee dagegen, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, ist eine völlige wirtschaftliche und ökologische Verirrung.

Die Arbeitszeitverkürzung stellt eine materielle Basis dar, auf der ein anderes Entwicklungsmodell aufgebaut werden kann, in Frankreich wie in Europa. Sie trägt dazu bei, Arbeitslosigkeit, Prekarität und schlechte Jobs zurückzudrängen, und ist dadurch eine Voraussetzung für gute Arbeit für alle. Sie gibt der freien Zeit Vorrang vor der Fixierung auf Produktion und Konsum und trägt dadurch zur Entstehung von neuen Konsum- und Lebensweisen bei, der Teilnahme am Leben der Stadt, die allein es ermöglichen werden, die umweltpolitischen und sozialen Herausforderungen zu meistern.

Die Umverteilung der Einkommen auf eine Art, die mehr Beschäftigung und freie Zeit schafft, ist letztlich ein machtvoller Beitrag zur Verringerung sozialer Ungleichheit. Deshalb sprechen wir uns für eine Perspektive der erneuten Belebung des Prozesses der Arbeitszeitverkürzung aus, in Richtung auf 32 Wochenstunden, im Namen eines auf Gleichheit gerichteten Entwicklungsmodells, das allen Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene soziale Teilhabe ermöglicht. Es ist Zeit, mit der perversen Logik zu brechen, die Beschäftigung abhängig macht von Rentabilität, und die Richtung umzukehren: Welche nützlichen Arbeitsplätze für welche sozialen Bedürfnisse?